

„Bio“sprit aus Entwicklungsländern – klimafreundliches Wundermittel für unbegrenzten Sprit-hunger?¹

Derzeit wird weltweit eine heiße Diskussion um Treibstoff aus Energiepflanzen (sog. „Bio“sprit) geführt, um der Knappheit fossiler Rohstoffe und dem Klimawandel entgegen zu wirken. Dies ist aus entwicklungs- und klimapolitischer Sicht gefährlich, denn der forcierte Anbau von Energiepflanzen geht in Entwicklungsländern oft mit Umwelterstörung, Menschenrechtverletzungen und einer sich verschärfenden Armuts- und Hungersituation einher. Dies verdeutlicht die aktuelle Diskussion um die seit knapp zwei Jahren explodierenden Nahrungsmittelpreise:

Weltweit leiden nach aktuellsten Erhebungen der Welt-Landwirtschaftsorganisation FAO 925 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Trotz des UN-Millennium Entwicklungsziels 1, den Anteil hungerner Menschen bis 2015 um die Hälfte zu senken, steigt die Zahl der Hungernden stetig. Verschärft wird das Problem durch die seit gut einem Jahr weltweit explodierenden Nahrungsmittelpreise (FAO *Food Price Index* stieg von März 2007 bis März 2008 um 57 %, insbesondere von Milcherzeugnissen (+80 %), Ölen (+50 %) und Getreide (+38 %)). Dies führt zu Zahlungsbilanz- und Inflationsproblemen sowie zu Versorgungsengpässen in städtischen und ländlichen Gebieten in Entwicklungsländern.

Die hohen Nahrungspreise haben in vielen Entwicklungsländern zu krisenhaften Situationen und Hungeraufständen geführt, es gab Aufstände mit Toten (Haiti), in Haiti stürzte gar die Regierung. Zuletzt meldete die Weltbank in über 30 Ländern Nahrungsmittelkrisen. In Ägypten, Äthiopien, Burkina Faso, Kamerun, Indonesien, Côte d'Ivoire, Madagaskar, Mauretanien, Mexiko, Moçambique, den Philippinen und Senegal begehren die Hungernden auf. In Pakistan und Thailand wurde die Armee eingesetzt, um zu verhindern, dass Nahrung aus den Feldern und Läden geplündert wurde. In großen asiatischen Staaten wie Indien, Pakistan, Indonesien oder auf den Philippinen versuchen die Regierungen, mit Hilfe staatlicher Subventionen das Schlimmste abzuwenden. FAO-Generaldirektor Jacques Diouf fürchtet, dass bald weitere Krisenherde hinzukommen¹.

Durch diese Entwicklung werden schätzungsweise zusätzlich 100 Mio. Menschen in den Hunger getrieben. Existenzbedrohend ist die aktuelle Krise vor allem für jene 2,9 Mrd. Menschen, die von weniger als 2 Dollar pro Tag leben, da sie durchschnittlich 50 – 80% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben.

Für diese Preisentwicklung kann nicht eine einzige Ursache verantwortlich gemacht werden. Kurz- und langfristige Entwicklungen haben sich überlagert und führten zu den hohen Preisausschlägen. Die Ursachen der Preissteigerung liegen zum einen in einer erhöhten Nachfrage von Agrargütern bei einem gleichzeitig sinkenden Angebot durch Missernten, veränderte Ernährungsgewohnheiten. Zum anderen sind die Produktionskosten von Nahrungsmitteln an den steigenden Ölpreis gekoppelt. Der Aufwärtstrend der Preise wurde durch spekulative Finanzinvestitionen an den Getreidebörsen nochmals verstärkt. Neben dieser aktuellen Entwicklung sind die langfristigen Ursachen der Krise jedoch auf falsche Weichenstellungen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Landwirtschaftspolitik zurückzuführen, die seit Jahren die kleinbäuerliche Grundnahrungsmittelproduktion vernachlässigt haben und stattdessen auf industriell erzeugte Cash Crops für den Export gesetzt haben.

Die erhöhte Nachfrage von Agrargütern zur Agrotreibstoffproduktion trägt erheblich zur Preissteigerung von Nahrungsmitteln bei. Die Ursachenanalysen unterscheiden sich zum Teil erheblich: Laut einer aktuellen Weltbank-Studie ist der Anbau für Biodiesel und Bioethanol auf bisher geschätzten 2 % (2007, FAO) der Weltackerfläche zu 75% verantwortlich für den starken Agrar-Preisanstieg¹. Laut OECD (2008) geht die „Explosion“ der Nahrungsmittelpreise zu einem Drittel auf die von den Industrienationen massiv geförderte Agrotreibstoff-Produktion zurück. Das Internationale Food Policy Research Institute (2008) hingegen schätzt schon den aktuellen Einfluss (2007) des Agrarkraftstoffverbrauchs auf die Preisbildung auf ca. 10% (Weizen) und ca. 20 % (Mais).

Durch die Nutzung landwirtschaftlicher Produkte zur Erzeugung von Agrokraftstoffen wird das **weltweite Nahrungsmittelangebot verknappt**. Gleichzeitig steht der Anbau nachwachsender Energierohstoffe in direkter **Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion** und verschärft die bereits heute virulenten **Nutzungskonflikte um Land und Wasser**. Die nachwachsenden Energierohstoffe, die zur Erreichung

¹ MISEREOR-Positionspapier zu Bioenergie: www.misereor.de/fileadmin/user_upload/pflege_thema/Positionspapier-bioenergie.pdf.

des 10%-Beimischungsziels der EU bis zum Jahr 2020 für Agrotreibstoffe notwendig sind, müssen größtenteils aus Entwicklungsländern eingeführt werden und sind dort nur durch einen massiven Ausbau der agroindustriellen Energiepflanzenproduktion zu erreichen. Dies ist mit erheblichen **sozialen** (Landkonflikte, Vertreibung, Verdrängung kleinbäuerlicher Grundnahrungsmittelproduktion, Pestizidvergiftungen und anderen Menschenrechtsverletzungen) und **ökologischen** (Zerstörung wertvoller Ökosysteme wie Amazonas, indonesischer/ malaysischer Regenwald; Savannen wie Cerrado + Chaco; CO₂-Emissionen durch Abholzung => Klimawandel) **Problemen** verbunden. Eine Ausweitung der Nutzung von Energiepflanzen aus den Entwicklungsländern für unseren Energiebedarf ist aus entwicklungspolitischer Sicht daher nicht zu verantworten.

Im folgenden werden anhand einiger Beispiele die Konsequenzen der Energiepflanzenproduktion in Entwicklungsländern dargestellt und politische Forderungen abgeleitet, um zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland und Europa zu gelangen:

Das Beispiel Zuckerrohr in Brasilien

Brasilien möchte als weltweit führender Produzent von Ethanol aus Zuckerrohr im Energieszenario der Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Bereits 10% der Ackerfläche sind mit Zuckerrohr bepflanzt, wovon bereits die Hälfte zu **Ethanol** als Treibstoff verarbeitet wird. Brasiliens erklärtes Ziel ist es, im Jahr 2025 10% der globalen Benzinnachfrage zu decken. Dies würde eine Vervierfachung der Zuckerrohrflächen von heute 7 Mio. ha auf 30 Mio. ha erfordern. Entsprechende Absichtserklärungen mit der EU und den USA wurden bereits getroffen; Produktionsmengen, Exporte und Exporteinnahmen steigen seit einigen Jahren rasant.

Für die Mehrheit der Bevölkerung, für Kleinbauernfamilien, Indigene und Arme, zeichnet sich jedoch keine Perspektive ab, am Ethanolgoldrausch zu profitieren. Vielmehr wälzen die Industrienationen für volle Tanks die Schattenseiten des Booms auf andere Länder ab. Für Brasilien bedeutet dies:

Landkonzentration und Vertreibungen

Um den Ausbau der Zuckerrohrflächen voranzutreiben, vertreiben die exportorientierten Großbetriebe Kleinbauern und indigene Gruppen. Nicht selten sind Terror und Mord die Mittel der Wahl. In der ärmsten Gegend Brasiliens, dem Nordosten, wurden in den letzten 15 Jahren wegen der Ausbreitung des Zuckerrohrs schätzungsweise 35.000 Familien von ihrem Land vertrieben, etwa 150.000 Menschen verloren dadurch ihre Existenzgrundlage. Landflucht und Migration in die Armenviertel der Städte sind die Folgen.

Behinderung der Agrarreform

Brasiliens Grundbesitzstruktur weist extreme Ungleichgewichte auf. Seit Jahrzehnten fordern brasilianische Organisationen die Umsetzung der dringlichst benötigten Agrarreform für eine gerechtere Landverteilung und Ernährungssicherheit. Brasilianische Bewegungen sehen die Umsetzung der Agrarreform durch den Agrarspritboom gefährdet, da er für nur noch mehr Konzentration von Land in den Händen Weniger sorgt.

Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion

Eine verstärkte Flächenkonkurrenz des Zuckerrohrs mit der Produktion von Grundnahrungsmitteln hat steigende Lebensmittelpreise zur Folge, ein Desaster für die Armen. Brasiliens Landwirtschaftsministerium belegt bereits rückläufige Produktionsflächen für Grundnahrungsmittel, (1990-2005: Bohnen -19,9%, Weizen -11,9%, Tomate -9,8%), während die Flächen für Monokulturen wie Zuckerrohr und Soja beständig expandieren (1990-2005: Zuckerrohr +35,8%, Soja +99,8%).

Menschenrechtsverletzungen/Ausbeutung

Die "Wettbewerbsfähigkeit" der brasilianischen Ethanolwirtschaft beruht (neben Gunstfaktoren wie dem Klima) teilweise auch auf Sozialdumping, Sklaven- und Kinderarbeit. Großgrundbesitzer beuten in feudaler Manier Saisonarbeitskräfte aus: Im Akkord müssen die Arbeiter bis zu 12 Tonnen täglich bis zu 12 Stunden Knochenarbeit unter sengender Sonne leisten. Die Unterkünfte sind oft miserabel, unhygienisch und eng, das Essen minderwertig und unzureichend. MISEREOR-Partner CPT, die brasilianische Land-

pastoral, hat dokumentiert, dass 2006 im Bundesstaat São Paulo mindestens 450 Zuckerrohr-Arbeiter vor Erschöpfung gestorben sind.

Vordringen auf ökologisch sensible Gebiete

In seinem nationalen Aktionsplan für Agroenergie 2006-2011 weist das brasilianische Agrarministerium ausgedehnte Flächen aus, die sich potentiell zur Energiegewinnung eignen würden. Die ausgewiesenen Flächen schließen auch ökologisch höchst sensible, artenreiche Ökosysteme wie die Cerrado-Savanne, den Amazonasregenwald und das Feuchtgebiet Pantanal mit ein. Eine Expansion von Zuckerrohr oder anderer Energiepflanzen in diese Regionen würde die unwiederbringliche Zerstörung ökologisch intakter Lebensräume bedeuten.

Ökologische Auswirkungen

Der Ethanolboom verfestigt ein nicht nachhaltiges Agrarmodell, das auf monokulturellem Anbau basiert (exportorientierte Agroindustrie) mit folgenschweren Konsequenzen wie Verschmutzung von Gewässern und Grundwasser durch Rückstände von Pflanzengiften und Dünger, Vergiftungen und Todesfälle bei der Bevölkerung, Bodenauslaugung und Verlust der Biodiversität. Zugleich verschärfen die Zuckerrohrplantagen durch ihren extremen Wasserbedarf die Wasserknappheit in den Trockengebieten Brasiliens.

Auch für **Palmöl**plantagen zur „Bio“-diesel-Produktion in **Kolumbien** werden afrokolumbianische KleinbäuerInnen und Indígenas brutal von Großgrundbesitzern und Paramilitärs vertrieben. In **Indonesien** werden hierfür ebenfalls großflächig Wälder und Lebensräume zerstört. Der Exportboom bewirkte Preissteigerungen für Palmöl, das die arme Lokalbevölkerung zum Kochen verwendet. Wachsende Ernährungsunsicherheit und Hunger sind die Folge. Währenddessen wächst die Machtkonzentration bei den multinationalen Agrarkonzernen. Der Klimanutzen ist zweifelhaft, da für die Plantagen großflächig Urwälder und Savannen gerodet, sowie auf Erdöl-Basis produzierte Kunstdünger und Pestizide eingesetzt werden, die zu vermehrtem CO₂- und Stickoxid-Ausstoß führen.

Die o.g. Probleme zeigen klar, dass ein **1:1-Ersatz fossiler durch nachwachsende Treibstoffe nicht tragfähig** ist, weil die landwirtschaftlichen Nutzflächen begrenzt sind. Daher sind die ehrgeizigen Ziele zum Ausbau des „Bio“-kraftstoffanteils von Deutschland (20% bis 2020), EU, USA u.a. Ländern auch aus entwicklungspolitischer Sicht fragwürdig. Misereor setzt sich deshalb gegenüber der Bundesregierung und der EU für eine Rücknahme der Agrosprit-Beimischungsquoten zugunsten eines festzulegenden Mindestanteils Erneuerbarer Energien am Energiemix im Transportsektor ein, der durch Agrartreibstoffe der zweiten Generation bzw. Elektro- oder Wasserstoffautos auf Basis erneuerbarer Energien einen Mindestanteil zu erbringen wäre.

Die aktuell verhandelte **europäische Verordnung zu Erneuerbaren Energien** muss verhindern, dass Deutschland durch seine Energie-Importe die Zerstörung menschlicher Lebensräume und kostbarer Ökosysteme mit verschuldet, mit globalen Klimafolgen. Ferner plädiert Misereor –über das derzeit vorgesehene unverbindliche Berichtswesen der EU-Kommission hinaus - für die Verankerung folgender, obligatorischer **Mindeststandards** in der EU-Verordnung über Erneuerbare Energien:

- 1) **partizipative Landnutzungsplanung mit frühzeitiger Beteiligung der Lokalbevölkerung.** Vorabklärung und **Sicherung der Landrechte** von KleinbäuerInnen und Indigenen. Der Anbau nachwachsender Energie-Rohstoffe darf nicht zu **Landvertreibungen**, Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung sowie weiterer **Land- und Einkommenskonzentration** führen.
- 2) Keine Verdrängung der **Grundnahrungsmittelproduktion** und Gefährdung der **Ernährungssicherheit**.
- 3) Verbot und **Sanktionierung der Verletzung von ILO-Mindest-Arbeitsstandards** (u.a. **Kinder- und Zwangsarbeit**) sowie **fehlenden Arbeitsschutzes** für PlantagenarbeiterInnen.
- 4) Verbot und Sanktionierung schädlicher **Gesundheitseffekte**, wie Pestizidvergiftungen; Rauch durch Brandrodung; Wasserverschmutzung/-Verknappung durch Bewässerung und Fabriken.
- 5) **Keine Zertifizierung von Agrotreibstoff-Importen** wie Palmöl aus **Ländern mit Gewaltkonflikten** (z.B. Kolumbien und Indonesien), wo akut Menschenrechte verletzt werden.

6) Verbot einer Zertifizierung und Anrechnung auf die Biokraftstoffquote von **gentechnisch veränderten Agrotreibstoffen**, aufgrund der negativen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen (Verlust der Biodiversität, Abhängigkeit von Agrarkonzernen infolge Patentierung und Nachbauverbot).

Indessen: **Mindeststandards** für eine **Zertifizierung** von „Bio“-kraftstoff-Importen können in den Ursprungsländern kaum kontrolliert werden. Trotz strenger Umweltschutzgesetze z.B. in Brasilien und Indonesien wird die Natur für den Agrotreibstoff-Anbau ausgebeutet. MISEREOR-Südpartner kritisieren daher, dass auch ein „zertifizierter“ Anbau von Energiepflanzen nicht die strukturellen Probleme wie krasse Land-Ungleichverteilung und Armut lösen kann. Mit der steigenden Land-Nachfrage schwinden auch die Chancen auf staatliche Agrarreformen zugunsten Landloser und Armer.

Eine sorgfältige Analyse der gesellschaftlichen –insbesondere Verteilungs-Wirkungen ist erforderlich. Ein weiter gehender Einsatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für strukturelle Umverteilung, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung ist nötig und darf nicht durch unsere Nachfrage nach Agrartreibstoffen konterkariert werden. Misereor appelliert an die Verantwortung von **Regierungen und Banken**, obligatorische Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen für die Gewährung internationaler Finanzierung für die Biomasseproduktion und begleitende Infrastrukturprojekte einzuführen. In der Regel sollten westliche **Regierungen und Banken** keine Finanzierungen für die großflächige Energiepflanzenproduktion für den Export gewähren, sondern eine dezentrale, nachhaltige Energieversorgung insbesondere bisher benachteiligter ländlicher und städtischer Armutsregionen in Entwicklungsländern unterstützen.

Der Weg zur Nachhaltigkeit muss primär durch eine „**Energiewende**“ **im Norden**, d.h. massive Reduzierung unseres Energieverbrauchs, Effizienzsteigerungen und Wechsel zu regenerativen Energien erreicht werden. Einheimische Biomasse (Pflanzen, Gülle und organische Reststoffe) kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung leisten. Allerdings sollte die je energieeffizienteste Form genutzt werden, d.h. dezentrale Stromerzeugung mit Kraft-Wärme-Kopplung, statt aufwändiger Umwandlung in Treibstoffe.

Im Verkehrsbereich setzt sich Misereor im Rahmen der Klima-Allianz von über 100 Entwicklungs- und Umweltorganisationen dafür ein, dass **das Emissionswachstum im Verkehr** eingedämmt wird durch strenge gesetzliche Verbrauchs- und Emissionsgrenzwerte für PKW auf EU-Ebene; ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h; eine stärkere staatliche Förderung des Öffentlichen Personennverkehrs statt des derzeitigen ÖPNV-Subventionsabbaus; die effektive Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel sowie die Einführung einer Kerosinsteuer.

ⁱ www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/hunger.html

ⁱⁱ Donald Mitchell, Lead Economist, Development Prospects Group, World Bank, Washington, April 2008: A Note on Rising Food Prices.